

Kontrollverlust - die Besorgnis der Bürger wächst

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 244 vom 21. Oktober 2015

I N H A L T

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 244 vom 21. Oktober 2015, S. 8, unter dem Titel:

"Kontrollverlust - die Besorgnis der Bürger wächst. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen des Flüchtlingsstroms stehen immer mehr im Vordergrund."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Die Unterbringung von Flüchtlingen betrifft die Bürger von immer mehr Regionen
	A	2	Vierorts wird die Unterbringung als problematisch empfunden
	A	3	Es wird vermutet, dass eher wenige Flüchtlinge gut ausgebildet sind
	A	4	Aussagen zur Flüchtlingssituation
	A	5	Persönliches Engagement für Flüchtlinge
	A	6	Wahrnehmung der Situation im August/September 2015
	A	7	In persönlichen Gesprächen wird die Aufnahme weiterer Flüchtlinge meist abgelehnt
	A	8	Vorsicht geboten, bei der Meinungsäußerung zur Flüchtlingssituation?
	A	9	Medienberichterstattung
	A	10	Die Besorgnis der Bevölkerung ist parteiübergreifend
	A	11	Parteiübergreifende Zweifel, ob die Flüchtlingssituation bewältigt werden kann
	A	12	Anhänger aller im Bundestag vertretenen Parteien kritisieren mehrheitlich zu viele Anreize
	A	13	Die Bevölkerung votiert mehrheitlich für Sachleistungen
	A	14	Krieg und Verfolgung im Herkunftsland sollten als Hauptaufnahmekriterium gelten
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Wachsende Besorgnis
		2	Die Mehrheit sieht die Entwicklung primär als Risikoszenario
		3	Zu viele Anreize
		4	Forderung nach einer Obergrenze

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Kontrollverlust

Die Besorgnis der Bürger wächst

Immer mehr sind die Bürger unmittelbar mit der Flüchtlingskrise konfrontiert. 86 Prozent berichten, dass in ihrer Region Flüchtlinge aufgenommen wurden, 48 Prozent sprechen von vielen Flüchtlingen. Die große Mehrheit registriert auch aufmerksam, welche Probleme der Ansturm mit sich bringt, vor allem in Bezug auf die Unterbringung; unter anderem berichten 40 Prozent der Bürger von Turnhallen in ihrer Kommune, die in Notunterkünfte umgewandelt wurden.

Tabelle A 1

Tabelle A 2

Die anfängliche Gelassenheit schlägt unter dem Eindruck des unaufhörlichen Zustroms und der wachsenden Probleme immer mehr in tiefe Besorgnis um. Im August waren 40 Prozent der Bürger außerordentlich besorgt, im September 44 Prozent, jetzt bereits 54 Prozent. Die Sorgen betreffen keineswegs nur die unmittelbaren logistischen Probleme. Vielmehr macht sich die Mehrheit mit wachsender Skepsis auch Gedanken über die mittel- und langfristigen gesellschaftlichen und ökonomischen Konsequenzen. Kurzfristig bringt die Zuwanderung nach Einschätzung der überwältigenden Mehrheit überwiegend Risiken mit

Schaubild 1

sich; lediglich 6 Prozent sehen überwiegend Chancen, weitere 16 Prozent ein ausgewogenes Verhältnis von Risiken und Chancen. Die langfristigen Perspektiven werden zwar günstiger eingeschätzt, aber keineswegs gut: So gehen 46 Prozent der Bevölkerung davon aus, dass der Zustrom von Flüchtlingen auch langfristig überwiegend Risiken mit sich bringt, während nur 18 Prozent überwiegend Chancen sehen. Die meisten bezweifeln auch, ob die Qualifikation der Ankömmlinge Hoffnungen rechtfertigt, dass viele von ihnen rasch in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Nur 14 Prozent der Bevölkerung glauben, dass unter den Flüchtlingen viele eine gute Ausbildung mitbringen, die Mehrheit vermutet, dass dies nur für wenige gilt.

Schaubild 2

Tabelle A 3

Vor allem beschäftigen die Bevölkerung jedoch die gesellschaftlichen Konsequenzen. Der Mehrheit ist bewusst, dass der Zustrom die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime signifikant erhöht. Zwei Drittel der Bürger gehen davon aus, dass die Flüchtlingswelle Deutschland stark verändern wird – in einem ganz umfassenden Sinn. 62 Prozent fürchten auch, dass terroristische Organisationen die Flüchtlingswelle nutzen werden, um Terroristen einzuschleusen.

Tabelle A 4

Wie vertragen sich die wachsenden Sorgen der Mehrheit mit der Hilfsbereitschaft und der schon fast sprichwörtlichen „Willkommenskultur“, die über Wochen weite Teile der Medienberichterstattung dominierte? Anfangs, als

die Flüchtlingszahlen noch wesentlich geringer waren als heute, war durchaus viel Mitgefühl zu beobachten und eine große Bereitschaft, sich zu engagieren. 15 Prozent der erwachsenen Bevölkerung haben sich in den letzten Monaten engagiert; das entspricht immerhin knapp 9,5 Millionen Menschen. Die Mehrheit der Bürger bekundete auch grundsätzliche Zustimmung zur Aufnahme von Flüchtlingen in der näheren Region und vertrat zunächst auch die Auffassung, man könne dort noch mehr Flüchtlinge verkraften – wenn auch viele die Einschränkung machten: „nur noch wenige“. Gleichzeitig vertrat jedoch bereits zu diesem Zeitpunkt die Mehrheit die Position, das Land insgesamt sei an der Kapazitätsgrenze angelangt. Nur eine Minderheit sprach sich dafür aus, so viele Flüchtlinge aufzunehmen, wie Deutschland verkraften könne.

Tabelle A 5

Tabellen A 6a)

Tabellen A 6b)

Tabellen A 6c)

Tabellen A 6d)

Das Meinungsbild war in sich nicht stimmig. Dies wurde schlagartig deutlich, als der Tenor der persönlichen Gespräche untersucht wurde. Dieser Tenor ist eindeutig kritisch. Schon vor einigen Wochen, als noch die Mehrheit die Position vertrat, ihre Region könne noch mehr Flüchtlinge verkraften, gaben gleichzeitig die meisten zu Protokoll, dass in ihren Gesprächen mit Verwandten, Freunden und Bekannten klar die Ablehnung überwiegt. Die Flüchtlingswelle ist seit Wochen das wichtigste Gesprächsthema der Bevölkerung. Mittlerweile ziehen 69 Prozent aus ihren persönlichen Gesprächen die Bilanz, dass die meisten die Auf-

nahme weiterer Flüchtlinge ablehnen; nur noch 17 Prozent erleben in ihren Gesprächen überwiegend Befürworter. Die Bilanz der zahllosen persönlichen Gespräche zeichnet ein anderes Bild als viele ambivalente Aussagen zur eigenen Position und ein gänzlich anderes als die Bilder des geradezu begeisterten Empfangs noch vor wenigen Wochen. Tabelle A 7

In letzter Zeit wird oft davon gesprochen, dass die Stimmung in der Bevölkerung dabei ist zu kippen. Dies trifft jedoch nur teilweise zu. Vielmehr sprechen die Daten dafür, dass zunächst viele nicht wagten, sich außerhalb des Kreises vertrauter Gesprächspartner mit ihren Bedenken zu exponieren. Auch jetzt haben noch 43 Prozent der gesamten erwachsenen Bevölkerung den Eindruck, dass man in Deutschland seine Meinung zu der Flüchtlingssituation nicht frei äußern darf und sehr vorsichtig sein muss, was man sagt. In Ostdeutschland ist dieser Eindruck noch weiter verbreitet und in West wie Ost überdurchschnittlich unter denjenigen, die über die Entwicklung außerordentlich besorgt sind. Tabelle A 8

Dieses ungewöhnliche Phänomen, dass weite Teile der Bevölkerung glauben, sich mit ihrer Meinung zu einem aktuellen und gravierenden Problem nicht frei äußern zu dürfen, geht zum einen auf die Sorge zurück, in eine Ecke gestellt zu werden, in die man nicht gehört und gehören will. Die große Mehrheit derjenigen,

die der anhaltende Flüchtlingsstrom besorgt stimmt, ist weder ausländerfeindlich noch dem rechten Rand zuzuordnen. Viele fürchten jedoch, dass sie genau unter diesen Verdacht geraten, wenn sie öffentlich ihre Besorgnis äußern.

Dies gilt um so mehr, als viele den Eindruck haben, dass die Risiken der derzeitigen Entwicklung weder in der öffentlichen politischen Diskussion noch in der Berichterstattung der Medien ausreichend berücksichtigt werden. Nur knapp ein Drittel der Bevölkerung empfindet die Berichterstattung der Medien über die Flüchtlingssituation als ausgewogen, 47 Prozent als einseitig. Von denjenigen, die sich große Sorgen über die Entwicklung machen, bewerten sogar 55 Prozent die Berichterstattung als einseitig. Dies sind ganz ungewöhnliche Ergebnisse. Im Allgemeinen attestiert die Mehrheit der Bürger den Medien immer weit überwiegend eine angemessene Berichterstattung; dies gilt für die unterschiedlichsten Themen. Diesmal überwiegt der Eindruck einer selektiven Berichterstattung, bei der die Risiken und kritischen Entwicklungen und Stimmungen zu kurz kommen. Tabelle A 9

Gleichzeitig war die Bevölkerung über die letzten Monate hinweg mit einem parteiübergreifenden Konsens konfrontiert. Mit Ausnahme der CSU beschränkten sich die von den Bürgern wahrgenommenen Positionsunter-

schiede zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien auf Details, betrafen aber nicht die grundsätzlichen Fragen nach Kapazitätsgrenzen und politischen Steuerungsmöglichkeiten. Die von den Bürgern für dringlich gehaltene Diskussion, wie viele Flüchtlinge das Land verkraften kann und welche politischen Konsequenzen zu ziehen sind, wurde nicht geführt – zumindest nicht öffentlich wahrnehmbar.

Dem parteiübergreifenden Konsens auf politischer Ebene steht jedoch eine parteiübergreifende Besorgnis in der Bevölkerung gegenüber. Anhänger der SPD sind genauso beunruhigt wie die Anhänger der Unionsparteien, der FDP oder der Linken. Lediglich die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen sind etwas weniger beunruhigt; aber auch unter ihnen sind mittlerweile 42 Prozent höchst alarmiert. Genau so gibt es in der Bevölkerung parteiübergreifend Zweifel, ob Deutschland den Zustrom bewältigen kann. Nur jeder Fünfte ist hier noch zuversichtlich, 71 Prozent aufgrund der großen Zahl der Flüchtlinge und des nicht abbreißenden Zustroms pessimistisch.

Tabelle A 10

Tabelle A 11

Besonders kritisch ist jedoch, dass in der Bevölkerung Zweifel weit verbreitet sind, ob die Politik überhaupt eine Vorstellung hat, wie die Probleme eingegrenzt und schließlich bewältigt werden können. Die Mehrheit der Bürger diagnostiziert nicht nur einen Kontrollverlust,

sondern nimmt die Politik als ratlos wahr. 57 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass Deutschland jegliche Kontrolle darüber verloren hat, wie viele Flüchtlinge ins Land kommen. Ebenso viele haben den Eindruck, dass die Politik, gleich welcher Couleur, völlig ratlos ist, wie sie mit der Flüchtlingssituation umgehen soll. Jeder Zweite unterstellt der Politik auch Realitätsverluste; der Vorwurf lautet, viele Politiker seien so abgehoben, dass sie die Situation vor Ort nicht wahrnehmen. Knapp die Hälfte der Bevölkerung wirft der Politik auch vor, sie denke zu wenig an die Interessen der deutschen Bevölkerung

Tabelle A 4

Gleichzeitig ist die große Mehrheit überzeugt, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, zumindest begrenzt Einfluss zu nehmen. So gehen 71 Prozent davon aus, dass die Probleme teilweise hausgemacht sind, durch überzogene Anreize, mit denen Deutschland den Flüchtlingszustrom verstärkt. Auch hier stimmen die Anhänger sämtlicher im Bundestag vertretenen Parteien mehrheitlich überein. Das gerade beschlossene Asylpaket ist hier ein erster Schritt, um Vertrauen in den Handlungswillen und die Handlungsfähigkeit der Politik zurückzugewinnen. 60 Prozent der Bevölkerung votieren für die Umsteuerung auf Sachleistungen, nur 4 Prozent ausschließlich für Geldleistungen; 27 Prozent halten es für sinnvoll, beide Instrumente miteinander zu kombinieren.

Schaubild 3

Tabelle A 12

Tabelle A 13

Die überwältigende Mehrheit plädiert auch dafür, sich auf Flüchtlinge aus Kriegsgebieten zu konzentrieren und den beträchtlichen Anteil anderer Flüchtlinge rasch und konsequent abzuschieben. Der großen Mehrheit ist auch bewusst, dass eine nachhaltige Eindämmung des Zustroms auch davon abhängt, ob es gelingt, die kriegerischen Auseinandersetzungen in den Herkunftsländern einzudämmen und allmählich die weitgehend instabilen Regionen und Staaten wieder zu stabilisieren. All dies wird jedoch nach Einschätzung der Mehrheit nicht ausreichen, um der Krise Herr zu werden. Die Bürger sind mehrheitlich überzeugt, dass es ohne eine Obergrenze nicht gehen wird. 56 Prozent fordern eine Obergrenze für die Anzahl an Flüchtlingen, die Deutschland aufnehmen kann und will. Dafür votieren die Mehrheit der Unionsanhänger wie der SPD-Anhänger, der Anhänger von FDP wie der Linken, auch 41 Prozent der Anhänger der Grünen.

Tabelle A 14

Schaubild 4

Den meisten Bürgern sind die Dimension der Probleme und die Herausforderungen, vor denen die Politik steht, durchaus bewusst. Die Bürger wissen auch, dass nur ein Teil der Maßnahmen kurzfristig wirken kann und anderes einen langen Atem braucht. Aber sie erwarten Klarheit über die Ziele der Politik und die Maßnahmen, die sukzessive das Problem eindämmen könnten. Vor allem hoffen die Bürger auf Signale, dass sich die Politik zutraut, die Kontrolle über die Entwicklung zurückzugewinnen.

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1.209 (Vorabzählung)
Befragungszeitraum:	03. Oktober bis 16. Oktober 2015
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Die Unterbringung von Flüchtlingen betrifft die
Bürger von immer mehr Regionen

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Sind bei Ihnen in der Region in letzter Zeit viele Flüchtlinge untergebracht worden oder nur wenige, oder sind bei Ihnen in der Region bisher noch keine Flüchtlinge untergebracht worden?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Flüchtlinge untergebracht.....	86
Viele Flüchtlinge.....	48
Nur wenige.....	38
Bisher noch keine.....	5
Weiß nicht, keine Angabe.....	9
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11046/V2, Oktober 2015

Vielerorts wird die Unterbringung als
problematisch empfunden

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Personen, in deren Region in
letzter Zeit Flüchtlinge unterge-
bracht wurden

FRAGE: "Sorgt die Unterbringung der Flüchtlinge für Probleme, weil z.B. nicht
ausreichend Platz zur Verfügung steht, oder die Wohnverhältnisse nicht
gut sind, oder gibt es bei der Unterbringung keine Probleme?"

	Personen, in deren Region in letzter Zeit Flüchtlinge untergebracht wurden
	%
Sorgt für Probleme	72
Gibt keine Probleme	16
Unentschieden, keine Angabe	12
	<hr/>
	100

FRAGE: "Sind bei Ihnen in der Region auch Flüchtlinge in Turnhallen
untergebracht worden, oder ist das nicht der Fall?"

	Personen, in deren Region in letzter Zeit Flüchtlinge untergebracht wurden
	%
In Turnhallen untergebracht	40
Nicht der Fall	44
Unentschieden, keine Angabe	16
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11046/V2, Oktober 2015

Es wird vermutet, dass eher wenige
Flüchtlinge gut ausgebildet sind

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie schätzen Sie das ein: Sind unter den Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen, viele gut ausgebildete Arbeitskräfte oder sind das eher wenige?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Viele gut Ausgebildete	14
Eher wenige	53
Unentschieden, keine Angabe	33
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11046/V2, Oktober 2015

Aussagen zur Flüchtlingssituation

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf dieser Liste stehen einige Aussagen zur aktuellen Flüchtlingssituation in Deutschland, die wir von anderen gehört haben. Welchen Aussagen würden Sie zustimmen, was davon würden auch Sie sagen?" (Listenvorlage)

	Bevölk. insg.
	%
Andere Länder sollen sich auch dazu bereit erklären, viele Flüchtlingen aufzunehmen, Deutschland kann das nicht allein bewältigen.....	85
Die aktuelle Zuwanderungswelle wird Deutschland stark verändern.....	66
Ich fürchte, dass mit den Flüchtlingen auch Terroristen nach Deutschland kommen	62
Durch die Flüchtlinge steigt die Zahl der Muslime stark an	62
Ich habe das Gefühl, die Politik ist ratlos, wie sie mit der aktuellen Flüchtlingssituation umgehen soll	57
Deutschland hat die Kontrolle darüber verloren, wie viele Flüchtlinge ins Land kommen	57
Es sollte eine Obergrenze dafür geben, wie viele Flüchtlinge Deutschland aufnimmt	56
Ich habe Angst vor der großen Zahl von Flüchtlingen, ich mache mir Sorgen, wo das noch hinführt	55
Viele Politiker sind zu abgehoben und können die Situation direkt vor Ort nicht einschätzen	50
Im Moment hat Deutschland die Lage im Griff, aber wenn noch mehr Flüchtlinge kommen, schaffen wir das nicht mehr.....	45
Die Politik denkt zu wenig an die Interessen der deutschen Bevölkerung	43
Ich finde, Deutschland hat eine moralische Pflicht, Menschen in Not zu helfen und sie aufzunehmen	41
Deutschland ist wirtschaftlich stark, wir sind in der Lage, eine große Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen	28
Ich bin stolz darauf, wie die Deutschen mit der aktuellen Flüchtlingssituation umgehen	24

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11046/V2, Oktober 2015

Persönliches Engagement für Flüchtlinge

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Haben Sie sich persönlich schon engagiert, um Flüchtlingen zu helfen, oder kennen Sie jemanden, der sich für Flüchtlinge engagiert oder engagiert hat, oder weder noch?"

	Bevölk. insg.
	%
Habe mich engagiert	7
Kenne jemanden	33
Beides (engagiert und kenne jemanden)	8
Weder noch	50
Unentschieden, keine Angabe	2
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11046/V2, Oktober 2015

Wahrnehmung der Situation im
August/September 2015

Tabelle A 6a
Bundesrepublik Deutschland
Personen, in deren Region in
letzter Zeit Flüchtlinge unterge-
bracht wurden

FRAGE: "Finden Sie es gut, dass bei Ihnen in der Region Flüchtlinge
aufgenommen werden, oder finden Sie das nicht gut?"

Personen, in deren Region in
letzter Zeit Flüchtlinge
untergebracht wurden

%

Finde ich gut.....	54
Finden ich nicht gut.....	19
Unentschieden, keine Angabe	27
	—
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11045, September 2015

Wahrnehmung der Situation im
August/September 2015

Tabelle A 6b
Bundesrepublik Deutschland
Personen, in deren Region in
letzter Zeit Flüchtlinge unterge-
bracht wurden

FRAGE an Personen, in deren Region in letzter Zeit Flüchtlinge untergebracht wurden: "Glauben Sie, dass hier in der Region mehr Flüchtlinge aufgenommen werden können? Würden Sie sagen ..."

	Personen, in deren Region in letzter Zeit Flüchtlinge untergebracht wurden
	%
Ja, ohne Weiteres	23
Ja, aber nur wenige.....	36
Nein, keine	25
Unentschieden, keine Angabe	16
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11045, September 2015

Wahrnehmung der Situation im
August/September 2015

Tabelle A 6c
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Seit einiger Zeit kommen verstärkt Flüchtlinge nach Deutschland.
Glauben Sie, dass Deutschland in der Lage ist, noch mehr Flüchtlinge
aufzunehmen, oder ist das nicht möglich?"

	Bevölk. insg. %
In der Lage	32
Nicht möglich	45
Unentschieden, keine Angabe	23
	—
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11042, August 2015

Wahrnehmung der Situation im
August/September 2015

Tabelle A 6d
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Seit einiger Zeit kommen verstärkt Flüchtlinge nach Deutschland.
Wie sollte sich Deutschland Ihrer Meinung nach bei der Aufnahme von
Flüchtlingen verhalten: sollte Deutschland bereit sein, so viele
Flüchtlingen wie möglich aufzunehmen, wie man hier unterbringen und
versorgen kann, oder sollte Deutschland versuchen, möglichst wenig
Flüchtlinge aufzunehmen?"

	Bevölk. insg. %
Viele Flüchtlinge	35
Möglichst wenig Flüchtlinge	37
Unentschieden, keine Angabe	28
	—
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11044, August 2015

In persönlichen Gesprächen wird die Aufnahme weiterer Flüchtlinge meist abgelehnt

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Personen, in deren Region in
letzter Zeit Flüchtlinge unterge-
bracht wurden

FRAGE: "Wenn Sie jetzt einmal danach gehen, was Sie in Gesprächen hören oder mitbekommen: sind die meisten Leute eher dafür, hier mehr Flüchtlinge aufzunehmen, oder sind die meisten Leute eher dagegen?"

	Personen, in deren Region in letzter Zeit Flüchtlinge untergebracht wurden
	%
Eher dafür.....	17
Eher dagegen.....	69
Habe darüber nichts mitbekommen	9
Keine Angabe.....	5
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11046/V2, Oktober 2015

Vorsicht geboten bei der Meinungsäußerung
zur Flüchtlingssituation?

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Jemand sagte uns neulich: 'Ich habe das Gefühl, man darf seine Meinung zur Flüchtlingssituation in Deutschland nicht mehr frei äußern. Man muss vorsichtig sein, was man sagt.' Würden Sie dem zustimmen, oder haben Sie den Eindruck, dass man seine Meinung dazu frei äußern kann?"

	Bevölk. insg.	West	Ost	Flüchtlings- situation macht große Sorgen
	%	%	%	%
Zustimmen	43	41	54	57
Kann Meinung frei äußern	45	48	33	34
Unentschieden, keine Angabe	12	11	13	9
	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11046/V2, Oktober 2015

FRAGE: "Wenn Sie einmal daran denken, wie in den Medien über die Flüchtlingssituation in Deutschland berichtet wird, wie ist da Ihr Eindruck: Ist die Medienberichterstattung im Großen und Ganzen ausgewogen, oder ist sie ziemlich einseitig?"

	Bevölkerung insgesamt	Flüchtlings- situation macht große Sorgen
	%	%
Ausgewogen	32	23
Einseitig	47	55
Unentschieden, keine Angabe	21	22
	<hr/> 100	<hr/> 100

Die Besorgnis der Bevölkerung ist
parteübergreifend

Tabelle A 10
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie geht Ihnen das: bereitet Ihnen die derzeitige Entwicklung der Flüchtlingssituation in Deutschland Sorgen? Würden Sie sagen, die Flüchtlingssituation bereitet Ihnen ..."

	Bevölk. insg. %	Anhänger der -				
		CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	Die Linke %
Große Sorgen.....	54	54	51	52	42	48
Etwas Sorgen	38	40	41	36	47	39
Kaum bzw. gar keine Sorgen	7	6	7	12	10	11
Unentschieden, keine Angabe	1	x	1	x	1	2
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

x = unter 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11046/V2, Oktober 2015

Parteiübergreifender Zweifel, ob die Flüchtlingssituation bewältigt werden kann

Tabelle A 11
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Über den Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland unterhalten sich hier zwei. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"

	Bevölk. insg. %	Anhänger der -				
		CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	Die Linke %
"Deutschland kann mit dem Flüchtlingsstrom gut umgehen. Wir schaffen das, auch wenn es viele Flüchtlinge sind"	21	12	20	8	45	42
"Der Flüchtlingsstrom wird Deutschland große Probleme bereiten. Es sind einfach zu viele Flüchtlinge"	71	76	75	92	46	53
Unentschieden, keine Angabe	8	12	5	x	9	5
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

x = unter 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11046/V2, Oktober 2015

Anhänger aller im Bundestag vertretenen
Parteien kritisieren mehrheitlich zu viele
Anreize

Tabelle A 12
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Man hört ja manchmal die Meinung, dass Deutschland Flüchtlingen zu viele Anreize bietet und damit den Flüchtlingsstrom verstärkt. Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"

	Bevölk. insg. %	Anhänger der -			
		CDU/ CSU %	SPD %	B.90/ Grüne %	Die Linke %
Sehe das auch so.....	71	76	67	52	61
Sehe das nicht so.....	16	11	19	32	28
Unentschieden, keine Angabe.....	13	13	14	16	11
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11046/V2, Oktober 2015

Die Bevölkerung votiert mehrheitlich für Sachleistungen

Tabelle A 13
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die Flüchtlinge werden ja im Wesentlichen durch Geld oder Sachleistungen vom Staat, der sie aufnimmt, unterstützt. Was finden Sie besser: Sollte Deutschland die hier ankommenden Flüchtlinge eher durch Sachleistungen, wie z.B. Kleider, Essen, Gutscheine usw. versorgen, oder sollte Deutschland die Flüchtlinge direkt mit der Auszahlung eines bestimmten Geldbetrags unterstützen?"

	Bevölk. insg.
	%
Sachleistungen	60
Geld	4
Beides.....	27
Keins von beiden	3
Unentschieden, keine Angabe.....	6
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11046/V2, Oktober 2015

Krieg und Verfolgung im Herkunftsland
sollten als Hauptaufnahmekriterium gelten

Tabelle A 14
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie ist Ihre Meinung: Sollte man bei der Aufnahme von Flüchtlingen keinen Unterschied machen, woher sie kommen, und alle aufnehmen, oder sollte man nur die Flüchtlinge aufnehmen, die aus Regionen kommen, in denen Krieg und Verfolgung herrschen?"

	Bevölk. insg.
	%
Keinen Unterschied machen, alle aufnehmen.....	8
Nur aus Regionen mit Krieg und Verfolgung	82
Unentschieden, keine Angabe.....	10
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11045, September 2015

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl							
27.9.2009	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
Bundestagswahl							
22.9.2013	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: 10.-23.Januar	40,0	5,0	26,0	10,0	8,5	5,0	5,5
1.-13.Februar	40,0	4,0	26,5	10,5	9,0	5,0	5,0
1.-13.März	40,5	5,0	25,0	10,0	9,0	5,0	5,5
28.März-10.April	40,0	4,5	26,5	11,0	8,0	5,0	5,0
25.April-9.Mai	39,5	5,0	26,0	10,5	8,0	5,5	5,5
28. Mai - 13. Juni	40,0	4,0	26,0	10,0	8,0	6,0	6,0
28.Juni bis 11.Juli	40,5	3,5	25,0	11,0	8,5	6,0	5,5
21. Juli - 5. Aug.	41,0	3,0	26,5	10,0	8,0	6,5	5,0
1. - 11. September	41,0	4,0	25,5	10,0	8,5	6,5	4,5
4. - 16.Oktober	39,5	3,0	26,0	10,5	8,5	7,5	5,0
1. - 13. November	40,5	3,5	27,0	9,5	8,0	6,5	5,0
1. - 12. Dezember	40,5	3,5	26,0	9,5	8,5	7,0	5,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: 9.-23.Januar	41,5	4,0	25,0	10,5	8,5	6,0	4,5
1.-12.Februar	41,0	5,0	25,5	9,5	9,0	6,0	4,0
1.-12.März	41,5	5,0	26,0	9,5	8,0	6,0	4,0
28.März-10.April	40,5	5,0	26,5	9,5	8,5	6,0	4,0
2. bis 18. Mai	41,5	5,0	25,5	9,5	9,0	5,0	4,5
1.-14. Juni	41,5	5,0	26,0	10,0	8,5	4,0	5,0
1.-13. Juli	40,5	5,5	25,5	10,0	9,5	4,0	5,0
1.-14. August	41,5	5,5	26,0	9,5	9,0	3,5	5,0
1.-12. September	42,0	6,0	25,5	9,5	8,5	3,5	5,0
3.-16. Oktober	38,0	5,5	26,0	9,5	9,0	7,0	5,0

Befragt wurden insgesamt 1.384 Personen

Schaubilder

Wachsende Besorgnis

Frage: "Bereitet Ihnen die derzeitige Entwicklung der Flüchtlingssituation in Deutschland Sorgen?"

Die derzeitige Entwicklung der Flüchtlingssituation bereitet –



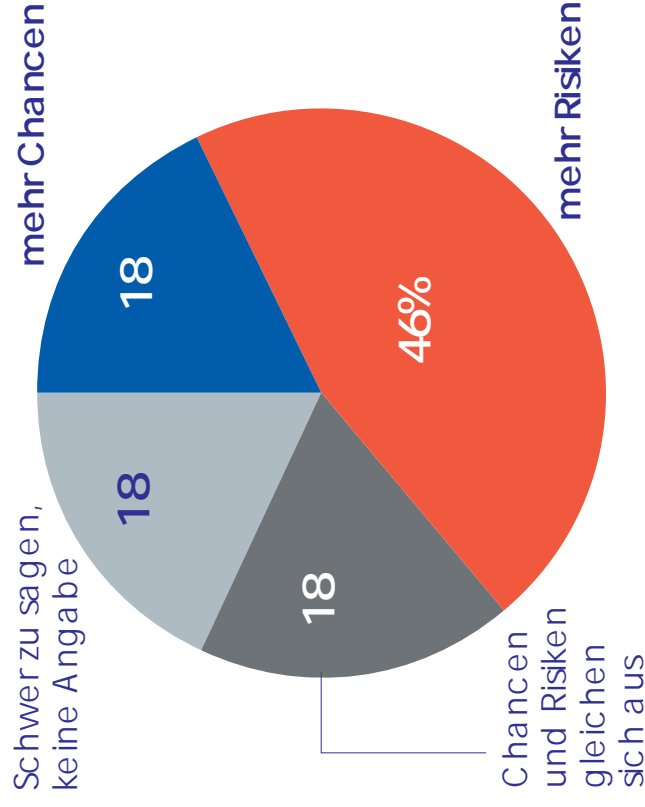
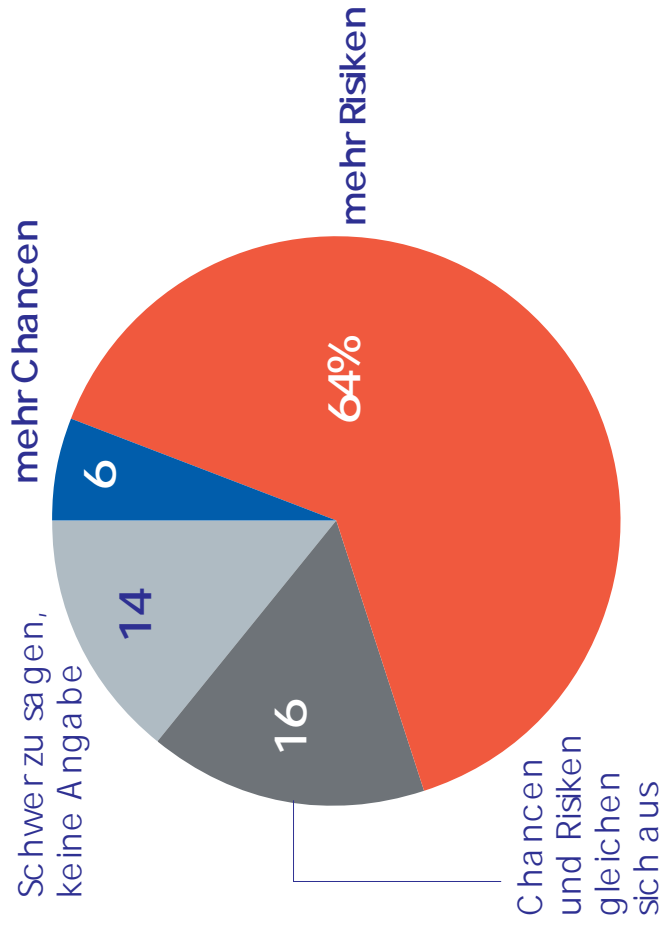
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11042, 11045 und 11046/V2

Die Mehrheit sieht die Entwicklung primär als Risikoszenario

Der Zustrom von Flüchtlingen birgt –

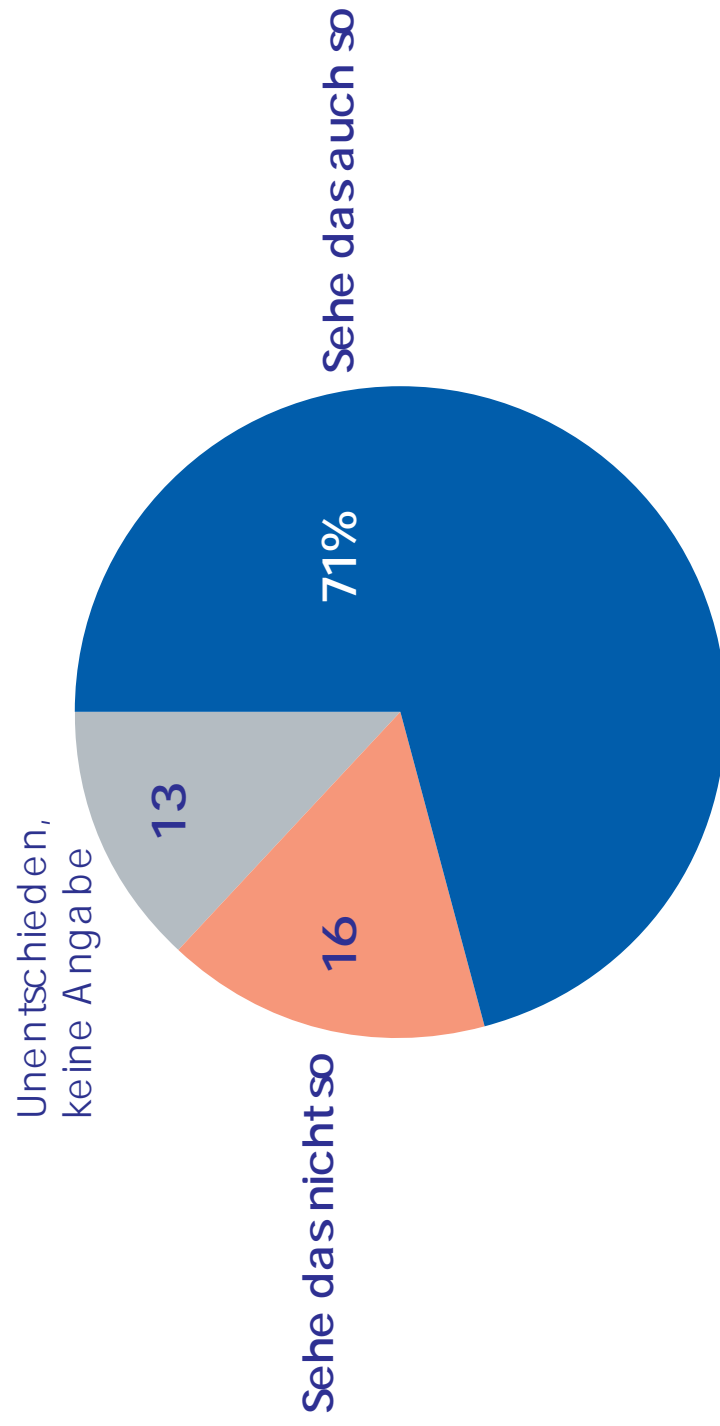
kurzfristig

langfristig



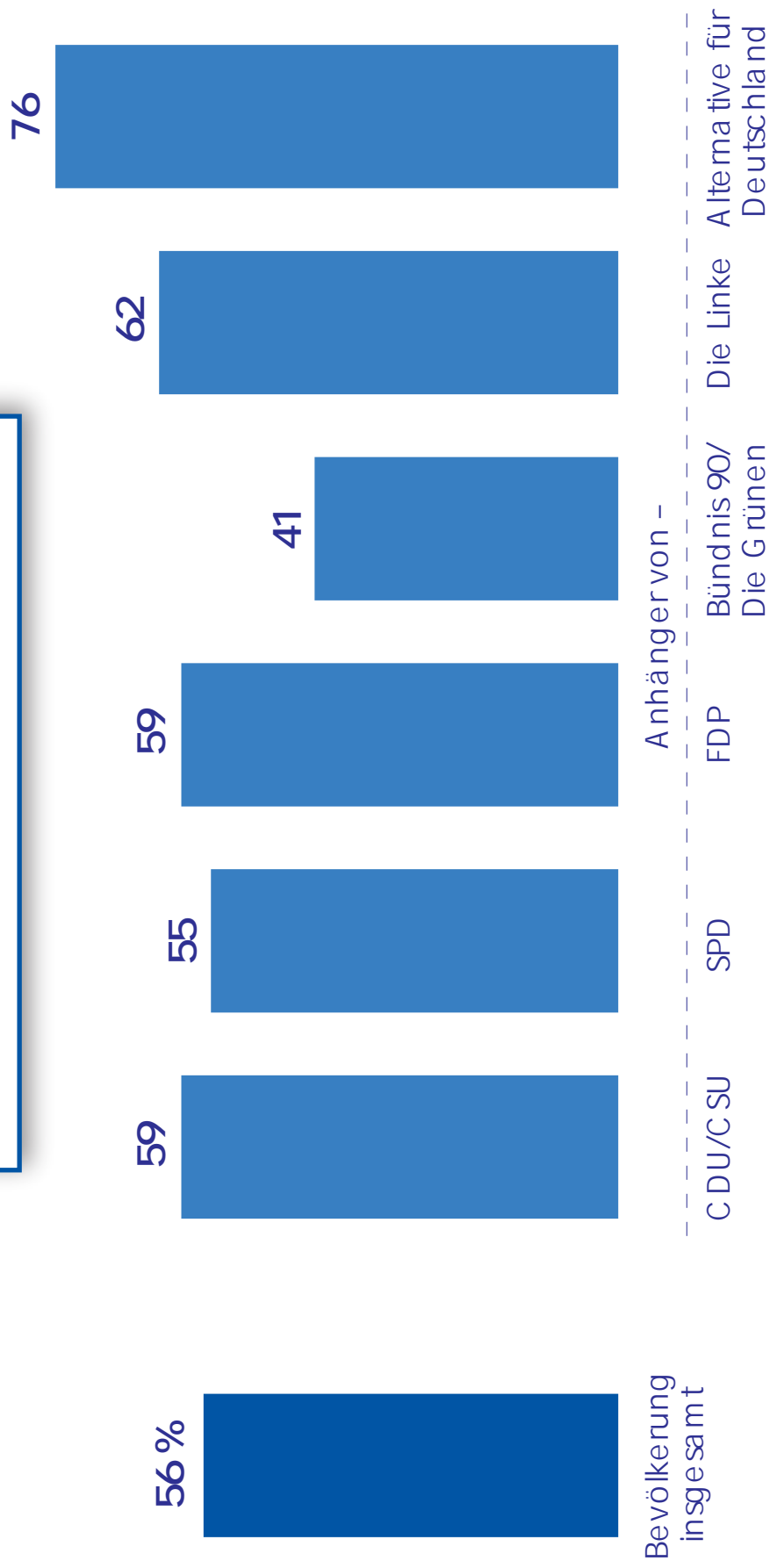
Zu viele Anreize

Frage: "Man hört ja manchmal die Meinung, dass Deutschland Flüchtlingen zu viele Anreize bietet und damit den Flüchtlingsstrom verstärkt. Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"



Forderung nach einer Obergrenze

"Es sollte eine Obergrenze da für geben, wie viele Flüchtlinge Deutschland aufnimmt"



Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 244
vom 21. Oktober 2015, S. 8, unter dem Titel:

"Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen
Konsequenzen des Flüchtlingsstroms stehen
immer mehr im Vordergrund."

